

Dr. Klaus-Dieter Maubach

Vorsitzender des Vorstands der E.ON Energie AG

Jahrespressekonferenz der E.ON Energie AG

- es gilt das gesprochene Wort -

München, 26. Juni 2007

Meine Damen und Herren,

auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer Jahrespressekonferenz.

Vielleicht hatten Sie vor der Tür noch den Eindruck, eine Baustelle zu betreten. Aber das ist nur der äußere Eindruck. Nach gut einjähriger Bauzeit freuen wir uns, Sie heute in unserem erweiterten und neu gestalteten Unternehmenssitz begrüßen zu können. Sie sehen: Wir sind und bleiben München verbunden!

Ebenso freuen wir uns, mit Ihnen heute eine Reihe aktueller, oft auch kontroverser Themen zu diskutieren. Als Energieversorger stehen wir seit längerem im Blickpunkt einer kritischen Öffentlichkeit. Auch wenn mancher Vorwurf nicht durch allzu große Sachlichkeit überzeugt, suchen wir einen kontinuierlichen Dialog mit Kunden, Politik, Behörden, Verbänden und Bürgern. Wir verfolgen damit nicht in erster Linie das Ziel, unsere Argumente „rüberzubringen“, sondern wollen umgekehrt die Sichtweisen und Sorgen unserer Gesprächspartner besser verstehen.

Alleine in den letzten sechs Monaten haben sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem E.ON Energie-Konzern auf über 45 Veranstaltungen - darunter Parteitage, Messen und

Umweltkonferenzen - dem direkten Dialog gestellt. Dabei wird immer wieder deutlich, dass hinter den Stichworten „Preiswürdigkeit, Umweltverträglichkeit und Versorgungssicherheit“ weit mehr steckt als eine abstrakte energiepolitische Zielbestimmung.

Fragen wie

- „Warum steigen die Energiepreise?“
- „Wie kriegen wir das Klimaproblem in den Griff?“ oder
- „Wird Energie auch in Zukunft noch bezahlbar sein?“

bewegen gerade auch den „Mann auf der Straße“.

Antworten auf solche Fragen geben wir nicht nur im Gespräch, sondern vor allem durch unser unternehmerisches Handeln.

Wir kümmern uns schon heute mit großem Engagement um die Energieversorgung von morgen. Mit dem größten Investitionsprogramm in der Geschichte des E.ON-Konzerns schaffen wir die Grundlagen hierfür. Von den vor kurzem angekündigten Investitionen des E.ON-Konzerns in Höhe von insgesamt 60 Mrd. € bis 2010 entfällt ein gutes Drittel auf E.ON Energie.

Ich möchte Ihnen gerne einen Eindruck davon vermitteln, welches vielfältige Spektrum an Projekten hinter dieser zunächst ja sehr abstrakt wirkenden Größenordnung steht.

Mit rund 12 Mrd. € werden wir einen Großteil dieser Summe in die Stromerzeugung investieren. Dabei setzen wir auf einen breiten Energiemix, in dem Kohle und Gas ebenso ihren Platz haben wie Kernenergie und Erneuerbare. Wir sind davon überzeugt, in einem solchen Mix die beste Balance zwischen der notwendigen Wirtschaftlichkeit und der unverzichtbaren Verringerung von Umweltbelastungen herstellen zu können.

Einige unserer Kraftwerksprojekte kennen Sie bereits:

Nicht weit von hier, im oberbayerischen Irsching, sind zwei neue Anlagen bereits im Bau. Mit Block 4 entsteht die leistungsstärkste Gasturbine der Welt. Das Kraftwerksprojekt, das wir gemeinsam mit Siemens realisieren, setzt neue Maßstäbe bei Leistungsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Am Block 5, der ebenfalls mit Erdgas betrieben wird, werden neben E.ON mit der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der Mainova AG zwei regionale Partner beteiligt sein.

Ein weiteres, hochmodernes Gaskraftwerk errichten wir im italienischen Livorno Ferraris, zwei weitere planen wir im ungarischen Gönyü und im slowakischen Malzenice.

Neben Erdgas spielt auch Steinkohle bei unseren Kraftwerksinvestitionen eine wichtige Rolle.

Wir errichten bzw. planen drei weitgehend baugleiche 1.100 MW-Steinkohlekraftwerke,

eins im nordrhein-westfälischen Datteln,

eins in Großkrotzenburg bei Hanau und

eins in Rotterdam.

Diese Kraftwerke setzen mit einem Wirkungsgrad von 46 % neue Maßstäbe bei der Kohleverstromung – ein Wert, den bislang noch kein Kohlekraftwerk erreicht hat. Dadurch leisten diese neuen Kraftwerke auch einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz.

Alleine der neue Kraftwerksblock in Großkrotzenburg wird der Atmosphäre im Vergleich zu den vom Netz gehenden Altanlagen jährlich über 1,2 Millionen Tonnen CO₂ ersparen. Dies entspricht in etwa dem jährlichen Ausstoß von mehr als 700.000 deutschen Mittelklassewagen bei einer durchschnittlichen Fahrleistung.

Umweltschutz steht bei unseren neuen Kohlekraftwerken auch mit Blick auf die Umgebung der Anlagen ganz oben. Wir gehen deutlich

weiter als der Gesetzgeber fordert: Die ohnehin schon strengen Grenzwerte für den Ausstoß von Schadstoffen werden wir

durch den Einsatz neuer Filtertechniken für Staub,
noch leistungsfähigere Wäscher für Schwefeldioxid und
zusätzliche Katalysatoren zur Stickoxidminderung

unterschreiten. Damit setzen wir neue Maßstäbe, an denen sich künftig alle vergleichbaren Kraftwerke messen lassen müssen.

Sie sehen: Wir tun alles, um den Einsatz von Steinkohle für die Stromerzeugung mit höchsten Umweltschutzstandards zu verbinden. Dahinter steht die Erkenntnis, dass an der Steinkohle auch in Zukunft kein Weg vorbeiführt. Die weltweiten Vorräte reichen noch für über 150 Jahre, und es gibt viele Lieferländer, so dass keine Gefahr einer einseitigen Importabhängigkeit besteht.

Gerade vor dem Hintergrund der großen Reichweite der Steinkohle lohnt es sich, die Kraftwerkstechnologie nochmals zu verbessern.

In unserer Demonstrationsanlage COMTES 700 in Gelsenkirchen haben wir erfolgreich Werkstoffe für die Praxis getestet, die erheblich mehr Druck und Temperatur aushalten als die bisher eingesetzten. Damit verfügen wir über die notwendige Voraussetzung für ein Steinkohlekraftwerk mit über 50 Prozent Wirkungsgrad.

Noch in diesem Jahr werden wir entscheiden, an welchem Standort in Deutschland wir ein solches Kraftwerk bauen.

Daneben beteiligen wir uns im Rahmen unserer konzernweiten Technologie-Initiative *innovate.on* bereits an verschiedenen Forschungsprojekten zur CO₂-Abtrennung und –Speicherung:

Im nächsten Jahr werden wir in unserem Kraftwerk Maasvlakte im Rotterdamer Hafen eine Pilot-Anlage zur CO₂-Abtrennung errichten.

Im brandenburgischen Ketzin wurde in diesem Monat die erste Testanlage zur Speicherung von CO₂ im Binnenland in Betrieb genommen.

Diese Projekte ergänzen eine Reihe weiterer Vorhaben im E.ON-Konzern, wie zum Beispiel die Post-Combustion Pilot-CO₂-Abscheideanlage unserer Kollegen von E.ON Nordic im schwedischen Karlshamn.

Damit wird konzernweit die gesamte Kette einer CO₂-freien Stromerzeugung aus Steinkohle intensiv und umfassend getestet.

Über diese eigenen Aktivitäten hinaus engagieren wir uns im Rahmen der EU-Technologie-Plattform ZEP an der Forschung und Entwicklung weiterer Verfahren. Bis 2014 werden wir ein leistungsfähiges, CO₂-freies Demonstrationskraftwerk in Betrieb nehmen.

Zu einem breiten Energiemix muss im Interesse von Klimaschutz und Versorgungssicherheit auch die Kernenergie gehören. Aus unserer Sicht wäre eine politische Neubewertung der Kernenergie in Deutschland erforderlich.

Selbstverständlich stehen wir zu der im Jahr 2000 geschlossenen Vereinbarung. Aber man darf nicht übersehen, dass sich die Energiewelt seitdem dramatisch verändert hat. Die Energiepreise sind auf dem Weltmarkt nahezu explodiert, die Gefahren des Klimawandels sind viel deutlicher erkennbar geworden.

Nicht zuletzt deshalb erfährt die Kernenergie weltweit eine Renaissance. In vielen Ländern werden neue Anlagen geplant und gebaut. Mit unserer Tochtergesellschaft E.ON Kernkraft verfolgen wir eine Reihe möglicher Projekte:

E.ON Kernkraft hat gemeinsam mit E.ON Nordic in diesem Monat ein Konsortium mit finnischen Industrie- und Energieversorgungsunternehmen gegründet, das ein Kernkraftwerk in Finnland errichten will. Und zusammen mit E.ON UK prüft E.ON Kernkraft den Bau eines neuen Kernkraftwerks in England. Weitere Projekte prüfen wir derzeit in Zentral-Osteuropa.

Neben der Kernenergie bieten derzeit nur Erneuerbare Energien die Möglichkeit zu einer CO₂-freien Stromerzeugung.

In unseren Märkten sehen wir die größten Potenziale bei der Offshore-Windenergie. Da wir bei der Stromerzeugung auf hoher See bislang noch nicht über eine ausgereifte und marktfähige Technik verfügen, wollen wir deren Entwicklung aktiv vorantreiben:

Bereits seit Dezember des letzten Jahres testen wir die dafür vorgesehenen Anlagen an Land. Der erste deutsche Offshore-Windpark *alpha ventus*, 45 Kilometer vor Borkum gelegen, geht jetzt in die konkrete Realisierungsphase. Für dieses Pilotprojekt sind in der vergangenen Woche die ersten Anlagen bestellt worden. Vor Borkum sollen erstmals Anlagen der 5 MW-Klasse errichtet und betrieben werden. Die Wassertiefe beträgt dort ca. 30 Meter.

Im Spätsommer 2008 werden voraussichtlich die ersten sechs Windkraftanlagen ans Netz gehen, bis zum Sommer 2009 sollen es insgesamt zwölf Anlagen mit einer Gesamtleistung von 60 MW sein.

Vier weitere große Windparks in der Nord- und Ostsee befinden sich darüber hinaus in der konkreten Entwicklung.

Mit all diesen Projekten leisten wir in Deutschland Pionierarbeit, betreten absolutes Neuland. Indem wir sie schrittweise vorantreiben, können wir aus Erfahrungen lernen, „Kinderkrankheiten“ vermeiden und die Offshore-Technologie langfristig als festen Bestandteil in unseren Energiemix integrieren.

Weitere viel versprechende Potenziale liegen beim Biogas. Bis Ende dieses Jahres werden unsere Regionalversorgungsunternehmen insgesamt 14 Biogas-Anlagen für die Stromerzeugung nutzen. Die größte ihrer Art mit einer Kapazität von 4,3 MW steht im mecklenburgischen Malchin und ist im Mai in Betrieb gegangen. Im Jahr 2008 sollen weitere drei Anlagen hinzukommen.

Aber wir arbeiten schon am nächsten Schritt. Die Zukunft der Biogasnutzung liegt in der Aufbereitung des Biogases auf Erdgasqualität, das als „Bioerdgas“ ins Erdgasnetz eingespeist werden kann. Gemeinsam mit E.ON Ruhrgas erproben wir dieses Verfahren in Demonstrationsanlagen, um künftig Biogas mit größtem Nutzen und höchster Flexibilität einsetzen zu können.

Anrede,

unsere Investitionen in die Stromerzeugung tragen dazu bei, die Versorgung unserer Kunden langfristig zu sichern und dabei gleichzeitig mehr Klima- und Umweltverträglichkeit zu gewährleisten. Unser Engagement für den Klimaschutz wird künftig weit über die Grenzen unserer Märkte hinausreichen.

In anderen Ländern sind die Potenziale für Effizienzsteigerungen und die Verringerung von Emissionen viel größer als in Deutschland oder Europa. Zudem sind emissionsmindernde Maßnahmen in anderen

Ländern oft günstiger, als eine Reduktion der Emissionen im eigenen Land. Für einen effizienten Klimaschutz spielt es aber keine Rolle, *wo* die Emissionen abgebaut werden. Entscheidend ist nur, *dass* sie abgebaut werden.

Deshalb bauen wir bei unserer Tochter E.ON Energy Projects in München eine Mannschaft auf, die sich künftig um diese sogenannten *joint implementation*-Projekte kümmern wird. Darin sehen wir eine sinnvolle Ergänzung zu den Investitionen in unseren eigenen Kraftwerkspark.

Das am vergangenen Freitag im Deutschen Bundestag verabschiedete Zuteilungsgesetz für die Emissionsrechte in der Handelsperiode 2008 bis 2012 eröffnet die Möglichkeit, bis zu 22 % der in Deutschland zugeteilten Zertifikate im Rahmen von JI/CDM-Projekten zu übertragen. Von dieser Möglichkeit wollen wir künftig Gebrauch machen.

Die in Deutschland zugeteilte Gesamtmenge ist mit 453 Mio. Tonnen CO₂ sehr knapp bemessen. Da die Energiewirtschaft die vom Gesetzgeber festgelegten Minderungen mehr oder weniger alleine zu tragen hat, werden auch wir in erheblichem Umfang Zertifikate zukaufen müssen. Zusätzlich werden den Energieversorgern noch

Zertifikate für jährlich 40 Millionen Tonnen abgezogen, die ab 2008 zu Marktpreisen abgegeben und ab 2010 versteigert werden sollen.

Im Vergleich zur derzeit geltenden Fassung ist das neue Zuteilungsgesetz allerdings deutlich vereinfacht. Damit eröffnet es die Perspektive für einen funktionsfähigen Zertifikatehandel, der den europäischen Wettbewerb weiter vorantreiben wird. Uns ist wichtig, dass das Gesetz jetzt schnell in Kraft treten kann. Bis zum Beginn der neuen Handelsperiode sind es nur noch sechs Monate. Diese Zeit brauchen alle Beteiligten, um sich auf die neuen Rahmenbedingungen einzustellen. Deshalb hoffen wir, dass die Diskussion über eine Sonderbehandlung der Braunkohle jetzt schnell beendet wird.

Anrede,

so viel zum Thema Erzeugung.

Einen weiteren Investitionsschwerpunkt stellt der Ausbau unserer Stromnetze dar.

Hierfür investieren wir bis 2010 2,5 Mrd. € damit neue Kraftwerke - auch die unserer Wettbewerber - und die weiter steigende Zahl von Windenergieanlagen ihren Strom einspeisen können.

Wir arbeiten an neuen Transportleitungen zur Beseitigung von Netzengpässen. Mehrere Leitungsvorhaben, vornehmlich in

Norddeutschland, befinden sich in der konkreten Planung oder sind bereits im Bau. Insbesondere der massive Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert erhebliche Netzausbauten:

Allein E.ON Netz treibt für knapp 500 km Höchstspannungsleitungen die Planungen und Genehmigungsverfahren voran. Der beginnende Ausbau der Offshore-Windenergie vor den deutschen Küsten erhöht den Handlungsbedarf. Um die erneuerbaren Energien in das Stromnetz integrieren und gleichzeitig die Netzstabilität gewährleisten zu können, brauchen wir schnelle Genehmigungsentscheidungen. Die Bedenken der Menschen vor Ort nehmen wir dabei sehr ernst. Deshalb stellen wir uns auch der Diskussion mit den Bürgern in den betroffenen Regionen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Aktivitäten im Netzbereich ist der Ausbau der grenzüberschreitenden Kuppelstellen, um Europa weiter miteinander zu vernetzen. Wir werden bis zum Herbst die Kapazitäten an den Grenzen zu Dänemark, Tschechien und den Niederlanden um insgesamt über 1.000 MW erweitert haben.

Damit schaffen wir gleichzeitig die Basis für eine stärkere Kooperation der europäischen Netzbetreiber: Ab 2009 wollen die Übertragungsnetzbetreiber aus Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten länderübergreifend ihren Netzbetrieb koordinieren.

Dies soll zum einen eine effizientere Nutzung der Kuppelstellen-Kapazitäten gewährleisten und die Sicherheit beim Stromtransport erhöhen. Zum anderen wird der intensivere, grenzüberschreitende Stromaustausch den Wettbewerb weiter vorantreiben.

Diese verstärkte Kooperation der Netzbetreiber ist ein großer Schritt in Richtung eines einheitlichen nordwesteuropäischen Regionalmarkts – und damit zugleich ein wichtiger Zwischenschritt zur Verwirklichung des europäischen Binnenmarkts für Strom.

Solche Initiativen bringen mehr für Markt und Wettbewerb als der Vorschlag, die Netze in irgendeiner Form zu enteignen. Dies wäre nicht nur ein unzulässiger Eingriff in das Eigentum von Unternehmen. Darüber hinaus ergäben sich daraus erhebliche Risiken für die langfristige Zuverlässigkeit des Netzbetriebs, denn auch in Zukunft werden die Betreiber erhebliche Investitionen tätigen müssen. Ob zum Beispiel Finanzinvestoren die Bereitschaft und das Know how dafür mitbringen, darf zumindest bezweifelt werden.

Unser Investitionsprogramm zeigt, dass wir unverändert dazu bereit sind, die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit unserer Netze weiter zu erhöhen. Allerdings muss dafür auch eine ausreichende Rentabilität gegeben sein, damit wir auch künftig notwendige Investitionen tätigen können.

Die erste Runde der Netzentgeltgenehmigungen hatte empfindliche Erlöseinbußen für uns zur Folge. Die Bundesnetzagentur hat die Netzentgeltanträge unserer Konzerngesellschaften in 2006 für 2007 um durchschnittlich 13 % und insgesamt um mehr als 600 Mio. € gekürzt. Diese Netzentgeltkürzungen haben wir umgehend an unsere Kunden weitergegeben.

Derzeit bereiten wir die Anträge für die zweite Genehmigungsrunde für 2008 vor. Die Stromnetzentgeltanträge müssen bis Ende dieser Woche, die für Gas bis 30. September eingereicht werden.

In den Anträgen für die Stromnetze müssen wir Kosten geltend machen, die über den in der ersten Runde genehmigten Werten liegen. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe:

Zum einen geht es darum, im Hinblick auf weiterhin bestehende Auffassungsunterschiede zwischen den Netzbetreibern und der Bundesnetzagentur unsere Rechtsposition zu wahren. Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass die Interpretation der Bundesnetzagentur zur Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals weder in der Verordnung angelegt ist noch eine angemessene Rendite ermöglicht.

E.ON hat zwar gegen die Genehmigungsbescheide der ersten Runde keine Rechtsmittel eingelegt, aber eine höchstrichterliche Entscheidung hierzu steht noch aus. Deswegen machen wir in dieser Runde auch Kosten geltend, die von der Bundesnetzagentur im Vorjahr nicht genehmigt wurden.

Zum anderen schlagen eine Reihe von Kostensteigerungen zu Buche. Die zuletzt genehmigten Entgelte basieren auf den Kosten des Jahres 2004, während die aktuellen Anträge auf den Kosten 2006 bzw. auf den Plankosten für 2008 beruhen. Dabei sind im Vergleich zu 2004 insbesondere die von den Netzbetreibern nicht beeinflussbaren Kosten gestiegen, zum Beispiel für die Beschaffung von Strom zum Ausgleich von Netzverlusten oder in Folge des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Hinzu kommen höhere Investitionen in Wartung und Instandhaltung der Netze sowie gestiegene Personalkosten.

In dieser Genehmigungsrunde geht es aber um mehr als die Netzentgelte für 2008. Ihr kommt entscheidende Bedeutung zu, denn sie bildet die Basis der ab 2009 startenden Anreizregulierung. Ihr Ergebnis stellt den Maßstab, der künftig bei der Berechnung der Netzentgelte angelegt wird.

Vor zwei Wochen hat das Bundeskabinett die Verordnung zur Anreizregulierung verabschiedet und dem Bundesrat zugeleitet. Eine Entscheidung ist nach der Sommerpause zu erwarten. Der

Kabinettsentwurf greift an einigen Stellen Argumente der Netzbetreiber auf und macht den Versuch von Kompromissen. Das begrüßen wir, wenngleich wir an anderen Stellen noch Nachbesserungsbedarf sehen. Insbesondere beim Thema Investitionen wäre es wünschenswert, wenn diese bei der Berechnung der Netzentgelte ausreichend Berücksichtigung fänden.

Um einen gerechten Vergleichsmaßstab zu erreichen, sind auch wesentliche Bedingungen der jeweiligen Versorgungssituation zu berücksichtigen. So ist z. B. die Netzlänge sehr aussagekräftig in Bezug auf die Versorgungsaufgabe des Betreibers.

Die bereits spürbaren, aber auch die künftigen Folgen der Regulierung stellen uns vor besondere unternehmerische Herausforderungen. Neben den schmerzhaften Einschnitten im Netzbereich müssen wir uns auch auf einen noch wettbewerbsintensiveren Markt einstellen.

Wir haben uns klar dafür entschieden, den Wettbewerb voranzutreiben und dazu unsere breit angelegte Wettbewerbsinitiative gestartet. Mit Maßnahmen wie „E wie Einfach“, mehr Transparenz bei den Kraftwerksdaten, verbesserten Netzanschlussbedingungen für Kraftwerke oder der Versteigerung von Kraftwerkskapazität geben wir dem Wettbewerb in Deutschland und Europa wesentliche Impulse.

Nach dem Motto: „Wer A sagt muss auch B sagen“ bedeutet das aber auch, dass wir unsere Aufstellung im Markt optimieren und noch bestehende Synergiepotenziale nutzen müssen.

Vor diesem Hintergrund haben wir bereits im vergangenen Jahr damit begonnen, unsere regionale Präsenz in Deutschland auf den Prüfstand zu stellen. Im Rahmen des Projekts *regi.on* entwickeln wir derzeit das Geschäftsmodell unserer sieben Regionalversorgungsunternehmen weiter.

Dabei geht es nicht um eine „Radikalkur“. Denn die Struktur der Regionalversorger soll im Kern erhalten bleiben. Die Unternehmen werden auch in Zukunft für den Verkauf von Strom und Gas an die Kunden verantwortlich sein und damit fest in den Regionen verankert bleiben.

Übergreifende Aufgaben sollen aber in gemeinsamen Gesellschaften gebündelt werden:

Die Funktionen Abrechnung, Forderungsmanagement und Kundenservice sollen künftig von zwei gemeinsamen „Shared Service“-Gesellschaften wahrgenommen werden. Aufgaben wie Produktentwicklung und Marktforschung werden ebenfalls zusammengefasst. Die angepasste Struktur wollen wir in den nächsten Wochen zunächst den kommunalen Mitaktionären und

unseren Arbeitnehmervertretern vorstellen. Wir hoffen, die konkrete Umsetzung dann bis Mitte 2008 abschließen zu können.

Bei diesem Projekt geht es um weit mehr als eine Effizienzsteigerung zum Ausgleich wirtschaftlicher Belastungen. Vor allem steigern wir damit unsere Schlagkraft und Wettbewerbsfähigkeit für den entstehenden europäischen Energiemarkt.

Der Wettbewerb im deutschen Strom- und Gasmarkt hat in den letzten Monaten mehr Fahrt aufgenommen. Dazu haben wir mit E wie Einfach eine Initialzündung gegeben. Unsere neue Vertriebstochter ist erfolgreich gestartet und hat bislang rund 60.000 Kunden gewonnen. Nachdem zahlreiche Wettbewerber in den letzten Wochen Strompreiserhöhungen angekündigt haben, ist das Interesse an E wie Einfach spürbar gestiegen. Die Wechselbereitschaft der Verbraucher ist offensichtlich höher denn je.

Darauf stellen sich auch unsere Regionalversorger ein. Sie unternehmen besondere Anstrengungen, um ihre Kunden zu halten. Dazu zählen vor allem breite Service- und Beratungsangebote, beispielsweise rund um das Thema Energiesparen.

Nicht nur neue Angebote wie E wie Einfach sind ein klares Zeichen dafür, dass sich der Strommarkt zu einem vollkommen normalen

Markt entwickelt. In wenigen Tagen endet auch bei den allgemeinen Grundtarifen die behördliche Preisaufsicht. Damit geht eine Ära zu Ende, in der sich die Bildung der Strompreise vor allem an den Kosten für Erzeugung, Transport und Vertrieb orientierte.

Künftig wird neben den Kosten das Markt- und Wettbewerbsumfeld entscheidenden Einfluss auf die Preisbildung der verschiedenen Anbieter haben. Bei möglichen Preisanpassungen lautet die zentrale Frage dann nicht mehr „Was genehmigt das Ministerium?“, sondern: „Was passt in den Markt, was akzeptieren die Kunden und wie agieren unsere Wettbewerber?“.

Damit werden die Strompreise den gleichen Mechanismen unterliegen wie beispielsweise bei Kaffee, Bier oder Heizöl.

Meldungen, nach denen wir eine Preiserhöhung zum 1. September planen, entsprechen nicht der Realität. Bis zum Ende des 3. Quartals werden wir die Strompreise nicht verändern. Wie es danach weitergeht, ist derzeit noch völlig offen. Das wird dann von unserer Beurteilung der Wettbewerbssituation abhängen.

Jetzt schon eine Aussage zur Preisentwicklung in drei, sechs oder gar noch mehr Monaten zu machen, ist mit einem Wettbewerbsmarkt nicht vereinbar. In einem Marktumfeld, das sich immer schneller

verändert, halten wir uns ganz bewusst die Möglichkeit zu flexiblem Handeln offen. Zudem könnte eine zu frühzeitige Festlegung als kartellrechtswidriger Versuch der Marktbeeinflussung aufgefasst werden.

Zur Normalität des Marktes gehört für uns auch eine viel „normalere“ Preiskommunikation. Nach den neuen Regeln müssen Anpassungen der Grundversorgungstarife den betroffenen Kunden mit einem Vorlauf von sechs Wochen angekündigt werden. Das werden wir natürlich tun. Wir hoffen aber, dass künftig die Strompreise genauso wenig ein Gegenstand der öffentlichen Diskussion sind wie die Preise für andere Dinge des täglichen Bedarfs. Auch das wäre ein Stück Normalität im Wettbewerb!

Anrede,

E.ON hat sich klar dazu bekannt, die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes voranzutreiben und aktiv das Erreichen der Ziele der EU-Agenda zu unterstützen. Unsere hohen Investitionen in die künftige Versorgungssicherheit, unsere besonderen Anstrengungen für den Klimaschutz und unsere vielfältigen Initiativen für den Wettbewerb belegen, dass dies mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.